

Alarmstufe Rot: Kolm kritisiert Ampelkoalition wegen wildem Budgetdefizit!

Fiskalrat bestätigt ein Budgetdefizit von 4,4 % für 2025. FPÖ-Kritik an der Regierung und drohendes EU-Defizitverfahren.



Österreich - Der Fiskalrat hat am 11. April 2025 alarmierende aktuelle Zahlen präsentiert, die ein Budgetdefizit von 4,4 Prozent für das laufende Jahr aufzeigen. Diese Entwicklung zieht eine drohende Gefahr eines EU-Defizitverfahrens nach sich, was die Finanzpolitik der amtierenden Regierung in einem kritischen Licht erscheinen lässt. **ots.at berichtet**, dass NAbg. Dr. Barbara Kolm, Wirtschaftssprecherin der FPÖ, die Politik der Regierungsparteien ÖVP, SPÖ und NEOS scharf kritisiert.

Kolm bezeichnet die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung als nicht glaubwürdig und zeigt sich

misstrauisch gegenüber den von der Regierung präsentierten Zahlen. Ihrer Ansicht nach sind die geplanten Konsolidierungsvolumen für 2023 und 2024 für den Fiskalrat nicht nachvollziehbar. Sie warnt, dass die Steuerzahler letztlich die Kosten für die als inkompetent erachtete Regierung tragen müssen.

Kritik an der Regierung

In ihrer Kritik hebt Kolm hervor, dass die Regierung versäumt hat, bei wichtigen Themen wie Massenzuwanderung, Klimapolitik und Bürokratie Einsparungen vorzunehmen. Gleichzeitig kritisiert sie die Abschaffung der Bildungskarenz und bezeichnet die vorgenommenen Kürzungen als kosmetische Maßnahmen ohne echter struktureller Reformen. Dies lässt den Wirtschaftsstandort Österreich als zunehmend unattraktiv erscheinen.

Für das Jahr 2026 wird ein historischer Schuldenrekord prognostiziert, was die Besorgnis über die finanzielle Stabilität des Landes weiter verstärkt. Diese Entwicklungen sind nicht zu ignorieren, insbesondere im Kontext der EU-Fiskalpolitik, die darauf abzielt, nicht tragfähige öffentliche Finanzen innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion zu verhindern.

EU-Fiskalpolitik im Überblick

Wie im [europa.eu](#) erörtert, erforderten die Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die zwischen 2011 und 2013 in Kraft traten, einen soliden Rahmen für die fiskalpolitische Steuerung der Mitgliedstaaten. Diese Reformen zielen darauf ab, das Prinzip solider öffentlicher Finanzen zu stärken und politische Verantwortung sowie die Vereinfachung der Regeln zu fördern.

Mit dem reformierten Rahmen, der am 30. April 2024 in Kraft trat, müssen Mitgliedstaaten nationale mittelfristige finanzpolitisch-strukturelle Pläne vorlegen. Diese Pläne sollen

Ausgabenziele und Reformen integrieren, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Digitales und Verteidigung. Die Europäische Kommission hat die Aufgabe, die Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu bewerten und kann bei Verstößen einen Referenzpfad für öffentliche Ausgaben vorschlagen.

Die gegenwärtige Situation in Österreich verdeutlicht die Herausforderungen, vor denen sowohl nationale Regierungen als auch die EU stehen, um finanzielle Stabilität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Es bleibt abzuwarten, wie die Regierung auf die kritischen Zahlen des Fiskalrates reagieren wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die öffentliche Finanzpolitik zu konsolidieren und das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at